



Eingangsdatum : 23/09/2015

Rechtsmittelbeantwortung

Rechtssache C-213/15 P\*

**Schriftstück eingereicht von:**

Republik Finnland

**Übliche Bezeichnung der Rechtssache:**

Kommission/Breyer

**Eingangsdatum:**

17. August 2015

---

**MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

17.8.2015

UM2015-01090

Bezug

Betreff

**RECHTSSACHE C-213/15 DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS,  
EUROPÄISCHE KOMMISSION/PATRICK BREYER**

**RECHTSMITTELBEANTWORTUNG**

**DER FINNISCHEN REGIERUNG**

**in der Rechtsmittelsache C-213/15 P,**

**Europäische Kommission,**

andere Parteien:

**Patrick Breyer,**

**Republik Finnland,**

**Königreich Schweden.**

Postanschrift Laivastokatu 22 B

Zentrale

Telefax

\* Verfahrenssprache: Deutsch.

PL 417

029 535 0000

(09) 16055766

00023 VALTIONEUVOSTO

**[Or. 2]**

## **EINLEITUNG**

- 1 Das Gericht erließ am 27. Februar 2015 sein Urteil in der Rechtssache T-188/12, *Breyer/Kommission*<sup>1</sup> (im Folgenden: angefochtenes Urteil). Mit seinem Urteil erklärte das Gericht u. a. den Beschluss der Kommission vom 3. April 2012 für nichtig, soweit mit ihm die Freigabe der von der Republik Österreich in der Rechtssache C-189/09, *Kommission/Österreich*<sup>2</sup>, eingereichten Schriftsätze an Herrn Breyer verweigert wurde. Die Kommission hat gegen das angefochtene Urteil Rechtsmittel erhoben. Da Finnland in dieser Rechtssache Streithelferin vor dem Gericht war, hat es das Recht, eine Rechtsmittelbeantwortung einzureichen. Die Frist dafür endet am 18. August 2015.
- 2 Die Kommission stützt ihr Begehren auf einen einzigen Rechtsmittelgrund, wonach das Gericht in dem angefochtenen Urteil Art. 15 Abs. 3 AEUV falsch ausgelegt habe, indem es festgestellt habe, dass diese Vorschrift der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001<sup>3</sup> (im Folgenden: Transparenzverordnung) auf Schriftsätze, die sich im Besitz eines Organs befänden und von einer anderen Partei bei den Unionsgerichten eingereicht worden seien, nicht entgegenstehe.
- 3 Finnland beantragt, das Rechtsmittel der Kommission zurückzuweisen und ihr die Kosten für das Verfahren vor dem Gerichtshof aufzuerlegen.
- 4 Nachstehend legt Finnland die rechtlichen Gründe dar, aus denen folgt, dass Art. 15 Abs. 3 AEUV der Anwendung der Transparenzverordnung auf Dokumente wie die hier fraglichen nicht entgegensteht. **[Or. 3]**

## **RECHTLICHE WÜRDIGUNG**

- 5 Die Kommission hat Rechtsmittel gegen das angefochtene Urteil erhoben, weil das Gericht ihrer Ansicht nach durch die Feststellung, dass Art. 15 Abs. 3 AEUV der Anwendung der Transparenzverordnung auf Dokumente wie die vorliegenden nicht entgegenstehe, einen Rechtsfehler begangen hat.

<sup>1</sup> EU:T:2015:124.

<sup>2</sup> EU:C:2010:455.

<sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145, S. 43).

- 6 Die Kommission räumt in ihrer Rechtsmittelschrift ein, dass der Gerichtshof bereits in seinem in der Rechtssache *API*<sup>4</sup> ergangenen Urteil die Transparenzverordnung auf bei den Unionsgerichten eingereichte Schriftsätze angewandt hat. Das liege jedoch daran, dass es in der Rechtssache *API* um von einem Organ erstellte Schriftsätze gegangen sei, auf die Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 sowie darüber hinaus auch Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV anzuwenden sei. Daraus folge, dass die Transparenzverordnung diese Dokumente erfasse. Eine entsprechende „Doppelnatur“ komme den im Besitz des Organs befindlichen, von anderen Parteien als den Organen erstellten Dokumenten aber nicht zu, die somit nur nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV zu beurteilen seien. Das Gericht hätte daher den Anwendungsbereich der Transparenzverordnung unter Berücksichtigung der in Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV enthaltenen Einschränkung eng auslegen müssen, aus der sich ergebe, dass die im Besitz eines Organs befindlichen Schriftsätze anderer Parteien außerhalb des Anwendungsbereichs der Transparenzverordnung blieben.
- 7 Die finnische Regierung ist aus den nachstehend darzulegenden Gründen der Meinung, dass die Auslegung der Kommission falsch ist. Finnland bestreitet die Theorie der Kommission, wonach die von den Organen und die von anderen Parteien erstellten Schriftsätze ihrem Wesen nach unterschiedlich seien, und ist der Ansicht, dass das Vorbringen der Kommission in Bezug auf die von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV verfolgten Ziele und deren Durchführung unbegründet ist.
- 8 Zunächst ist aber die Bedeutung des Transparenzgrundsatzes und des damit verbundenen Rechts auf Zugang zu Dokumenten in der Union hervorzuheben. Der Transparenzgrundsatz wird gleich in Art. 1 des Vertrags über die Europäische Union (im Folgenden: EUV) erwähnt, dessen Abs. 2 lautet: *„Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung [Or. 4] einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.“* Die wesentlichen Vertragsbestimmungen in Bezug auf die Transparenz enthält Art. 15 AEUV, der sich in Titel II („Allgemein geltende Bestimmungen“) des Grundsätze betreffenden ersten Teils des AEU-Vertrags befindet. Der Gerichtshof hat in seiner Rechtsprechung die Bedeutung der Transparenz für die Funktionsweise der Union u. a. durch die Feststellung betont, dass die Transparenz *„eine bessere Beteiligung der Bürger am Entscheidungsprozess [ermöglicht] und eine größere Legitimität, Effizienz und Verantwortung der Verwaltung gegenüber dem Bürger in einem demokratischen System [gewährleistet]“*<sup>5</sup>. Es ist somit klar, dass die Transparenz eines der für sämtliche Handlungen der Union leitenden Grundprinzipien ist.

<sup>4</sup> Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-514/07 P, C-528/07 P und C-532/07 P, *Schweden/API*, EU:C:2010:541.

<sup>5</sup> Vgl. u. a. Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-92/09 und C-93/09, *Volker und Markus Schecke und Eifert*, EU:C:2010:662, Rn. 68 und die dort angeführte Rechtsprechung.



- 9 Der Zugang zu Dokumenten, um den es in der vorliegenden Sache geht, ist eine der zentralsten Ausprägungen des Transparenzgrundsatzes. Er ist in Art. 15 Abs. 3 AEUV geregelt. Der Grundsatz des Zugangs zu Dokumenten wurde auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union niedergelegt, deren Art. 42 die Überschrift „*Recht auf Zugang zu Dokumenten*“ trägt. Nach der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs sind Ausnahmen von Recht auf Zugang zu Dokumenten eng auszulegen und anzuwenden.<sup>6</sup>

*Die Ansicht der Kommission über das unterschiedliche Wesen der von den Organen und der von anderen Parteien eingereichten Schriftsätze*

- 10 Ein wesentlicher Teil des Vorbringens der Kommission betrifft die von ihr entwickelte Theorie der „Doppelnatur“<sup>7</sup> der von den Organen erstellten Schriftsätze. Mit dieser Theorie möchte die Kommission erklären, warum im *API*-Urteil die Transparenzverordnung auf Verfahrensunterlagen angewandt werden konnte, obwohl diese Schreiben ihrer Ansicht nach schon unmittelbar aufgrund von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV vom Zugang zu Dokumenten ausgeschlossen sind. **[Or. 5]**
- 11 Die finnische Regierung ist der Ansicht, dass die Theorie der Kommission schon vom Ansatz her verfehlt ist. Zusätzlich zu den von den Organen selbst erstellten Schriftsätzen sind nämlich auch die von anderen Parteien eingereichten Schriftsätze in ihrem Besitz nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV als „Dokumente des Organs“ anzusehen.
- 12 Diese ständige Auslegung in der Doktrin der EU über den Zugang zu Dokumenten ergibt sich aus der Transparenzverordnung, in deren Art. 2 Abs. 1 das Recht auf Zugang „zu Dokumenten *de[s] Organ[s]*“ niedergelegt wird und in deren Art. 2 Abs. 3 es heißt, dass diese Verordnung „für alle Dokumente eines Organs [gilt], das heißt Dokumente aus allen Tätigkeitsbereichen der Union, die von dem Organ erstellt wurden oder bei ihm eingegangen sind und sich in seinem Besitz befinden“<sup>8</sup>. Anders als die Kommission in Rn. 17 ihrer Rechtsmittelschrift behauptet, geht der Anwendungsbereich der Transparenzverordnung insoweit nicht über das hinaus, was von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 1 AEUV gefordert wird. Dass zusätzlich zu den selbst erstellten Schriftsätzen auch die bei dem Organ eingegangenen und sich in seinem Besitz befindlichen von anderen Parteien erstellten Schriftsätze als amtliche Dokumente angesehen werden, ist die Lösung, die in der Regel auch in nationalen Gesetzen<sup>9</sup> über den Zugang zu Dokumenten angewandt wird.

<sup>6</sup> Vgl. u. a. Urteile in der Rechtssache C-615/13 P, *ClientEarth und PAN Europe/EBLS*, EU:C:2015:489, Rn. 70, und in den verbundenen Rechtssachen C-39/05 P und C-52/05 P, *Schweden und Turco/Rat*, EU:C:2008:374, Rn. 36 und die dort angeführte Rechtsprechung.

<sup>7</sup> Vgl. oben Rn. 6 sowie Rn. 13 und 16 der Rechtsmittelschrift der Kommission.

<sup>8</sup> Hervorhebung nur hier.

<sup>9</sup> Z. B. in § 5 Abs. 2 Satz 1 des finnischen Gesetzes über die Öffentlichkeit (621/1999), wonach „mit einem amtlichen Dokument *ein im Besitz der Behörde befindliches Dokument*“

- 13 Dass von anderen Parteien erstellte Schriftsätze im Besitz der Organe außerhalb des Anwendungsbereichs der Transparenzverordnung bleiben, kann somit nicht auf die von der Kommission dargelegte Art begründet werden, nämlich dass diesen die „Doppelnatur“ fehlt.
- 14 Folgte man der Auslegung der Kommission, würde der Zugang der Öffentlichkeit zu Schriftsätzen, die von Organen oder anderen Parteien erstellt wurden, nach unterschiedlichen Rechtsvorschriften beurteilt. Die Transparenzverordnung beträfe den Zugang zu von Organen erstellten Schriftsätzen, wobei es in diesem Fall immer die Möglichkeit gäbe, die Schriftsätze während des Verfahrens (*API*-Urteil, Rn. 103) und auf jeden Fall nach dessen Abschluss (*API*-Urteil, Rn. 130) freizugeben, wohingegen die Schriftsätze anderer Parteien unmittelbar aufgrund des Vertrags immer und dauerhaft geheim zu halten wären. Es ist klar, dass das keine Situation ist, die dem u. a. im *API*-Urteil aufgestellten Ziel der Waffengleichheit entspricht (in Rn. 85 des *API*-Urteils [**Or. 6**] stellte der Gerichtshof fest, dass der Schutz dieser Verfahren *„insbesondere darauf gerichtet [ist], dass die Grundsätze der Waffengleichheit und der geordneten Rechtspflege gewahrt werden“*).
- 15 Finnland ist nach dem Vorstehenden der Ansicht, dass, da der Gerichtshof der Union im *API*-Urteil die Transparenzverordnung auf von Organen eingereichte Schriftsätze angewandt hat, das gleiche analog auch für von anderen Parteien eingereichte Schriftsätze im Besitz der Organe zu gelten hat. Die Regierung meint, dass das Rechtsmittel der Kommission schon aus diesem Grund für unbegründet erklärt werden kann. Der Vollständigkeit halber behandelt sie im Folgenden dennoch noch Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV.

*Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV*

- 16 Die Kommission führt in Rn. 11 der Rechtsmittelschrift aus, dass die in Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV enthaltene Ausnahme a priori sämtliche Dokumente im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit der Unionsgerichte umfasse. Ihrer Ansicht nach kann nur durch diese Auslegung die Berücksichtigung der besonderen Natur der rechtsprechenden Tätigkeit und die Verfahrensautonomie garantiert werden.
- 17 Das Gericht hat das Vorbringen der Kommission zu Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV unter der Überschrift (*„Zu den Auswirkungen von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV auf die Anwendung der Verordnung Nr. 1049/2001“*) in den Rn. 64 ff des angefochtenen Urteils gründlich behandelt und zurückgewiesen. Die finnische Regierung schließt sich diesen vom Gericht dargelegten Gründen an und macht im Folgenden ergänzende Anmerkungen.

*gemeint [ist], dass die Behörde oder einer ihrer Bediensteten erstellt hat oder der Behörde für die Bearbeitung einer Sache oder sonst in einer zu ihrem Tätigkeitsbereich oder ihren Aufgaben gehörenden Sache zugeleitet wurde“.*

- 18 Um beurteilen zu können, ob das Vorbringen der Kommission zur Auslegung von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV zutrifft, ist zunächst zu prüfen, was mit dem Ausnahmegrund in dieser Vorschrift geschützt werden soll, und danach, ob das angefochtene Urteil die Verwirklichung dieses Schutzes gefährdet. **[Or. 7]**

Der Gegenstand des mit Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 beabsichtigten Schutzes

- 19 Zunächst ist somit zu klären, was mit Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV bezweckt wird, soweit darin vom Gerichtshof der Union die Rede ist. Wie zuvor ausgeführt wurde, hat die Kommission in ihrer Rechtsmittelschrift die Ansicht vertreten, dass der Ziel des Schutzes *ratione materiae* zu bestimmen sei und dass a priori sämtliche Dokumente im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit der Unionsgerichte umfasst seien.
- 20 Die finnische Regierung ist der Ansicht, dass diese Schlussfolgerung falsch ist. Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV beabsichtigt nicht den Schutz einer bestimmten Kategorie von Dokumenten, sondern der Kernfunktion des Gerichtshofs der Union, also der Rechtsprechungstätigkeit. Ganz wie in Rn. 82 des angefochtenen Urteils festgestellt wurde, „ist zu unterscheiden zwischen der Ausnahme der Rechtsprechungstätigkeit des Gerichtshofs vom Recht auf Zugang zu Dokumenten nach Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV und den Schriftsätzen, die im Hinblick auf ein solches Verfahren erstellt werden, die, auch wenn sie Teil dieser Rechtsprechungstätigkeit sind, deshalb nicht unter die in dieser Bestimmung niedergelegte Ausnahme fallen und vielmehr dem Recht auf Zugang zu Dokumenten unterliegen“<sup>10</sup>.
- 21 Die Rechtsprechung des Gerichtshofs bestätigt, dass der Gegenstand des Schutzes ausdrücklich die Rechtsprechungstätigkeit ist. Im *API*-Urteil wurde festgestellt, dass der Gerichtshof aus der Gruppe der Organe, für die die Transparenzpflicht gilt, gerade im Zusammenhang mit seiner Aufgabe als Rechtsprechungsorgan ausgeschlossen ist<sup>11</sup>. Anders als die Kommission in Rn. 14 am Ende ihrer Rechtsmittelschrift zu verstehen gibt, berücksichtigte der Gerichtshof im *API*-Urteil auch Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV, obwohl der Vertrag von Lissabon in diesem Urteil eigentlich nicht angewandt werden kann. Es ist zu betonen, dass im *API*-Urteil ausdrücklich festgestellt wurde, dass Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV den Anwendungsbereich des Transparenzgrundsatzes nicht einschränkt, sondern im Vergleich zu Art. 225 EG *ausdehnt* (Rn. 80, 81). **[Or. 8]**
- 22 Wenn mit der fraglichen Vorschrift bezweckt worden wäre, auf die von der Kommission dargestellte Art alle Schriftsätze im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit der Unionsgerichte vom Zugang der Öffentlichkeit auszunehmen, wäre das im Text des Vertrags klar und eindeutig niedergelegt worden. Bei den Verhandlungen über den Vertrag von Lissabon (und zuvor über den Verfassungsvertrag) war bekannt, dass der Anwendungsbereich der

<sup>10</sup> Hervorhebung nur hier.

<sup>11</sup> Oben angeführtes Urteil in der Rechtssache *Schweden/API*, Rn. 79 bis 84.

Transparenzverordnung – die bereits damals in Kraft war – in ihrem Art. 2 Abs. 3 so weit und umfassend gestaltet war, dass er alle von den Organen erstellten Schriftsätze ebenso betrifft wie die von ihnen empfangenen und die in ihrem Besitz befindlichen. Zudem war bekannt, dass der Rechtsprechung zufolge Ausnahmen vom Zugang zu Dokumenten eng ausgelegt werden. Hätten die Verfasser der Verträge gewollt, dass eine bestimmte Dokumentengruppe insgesamt vom Zugang der Öffentlichkeit ausgenommen wird, wäre dies im Vertrag klar und ausdrücklich auf eine Art festgelegt worden, die die Sache für alle geklärt hätte und außerdem den Gesetzgeber der Union verpflichtet hätte, die Transparenzverordnung zu ändern. Das wurde jedoch nicht getan.

- 23 Auch in Bezug darauf, was mit dem Schutz der Rechtsprechungstätigkeit bezweckt wird, kann auf das *API*-Urteil verwiesen werden. Nach Rn. 85 dieses Urteils geht es darum, dass „*die Grundsätze der Waffengleichheit und der geordneten Rechtspflege*“ gewahrt werden, und nach Rn. 92 darum, dass sichergestellt wird, dass „*während des gesamten Gerichtsverfahrens ... die Erörterungen zwischen den Parteien sowie die Beratungen des Gerichts über die anhängige Rechtssache in aller Ruhe ablaufen*“.
- 24 Zweck des Schutzes der Rechtsprechungstätigkeit ist es somit, die interne Arbeit des Gerichts zu schützen, und nicht das Vorbringen der Parteien als solches. Zweck des Schutzes ist es, die unabhängige Tätigkeit des Gerichtshofs unter Wahrung des internen Beratungsgeheimnisses des Gerichtshofs zu ermöglichen, so dass der Gerichtshof z. B. keinem unsachgemäßen Druck ausgesetzt wird. Der Schutz der Unabhängigkeit ist der wesentliche Grund dafür, dass die Ausnahme den Europäischen Gerichtshof und die Europäische Zentralbank betrifft, deren Unabhängigkeit bei der Ausübung der Tätigkeit besondere Bedeutung hat.
- 25 Die Behauptung der Kommission, wonach der Zweck von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV darin liegt, alle Dokumente des Gerichtshofs im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit zu schützen, ist daher falsch. Der Zweck von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV ist der Schutz der Rechtsprechungstätigkeit des Gerichtshofs. **[Or. 9]**

Die Erreichung des mit Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV verfolgten Ziels

- 26 Im Folgenden ist zu prüfen, ob es möglich ist, mit der im angefochtenen Urteil vorgenommenen Auslegung des Gerichts das mit Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV verfolgte Ziel zu erreichen. Nach Ansicht der Kommission ist das nicht so, sondern kann das mit der fraglichen Vorschrift verfolgte Ziel nur erreicht werden, wenn sie dahin ausgelegt wird, dass a priori alle Dokumente im Zusammenhang mit der Rechtsprechungstätigkeit der Unionsgerichte vom Zugang der Öffentlichkeit ausgeschlossen sind.
- 27 Die finnische Regierung ist der Ansicht, dass die Behauptung der Kommission nicht zutrifft. Das wird deutlich, wenn man das geltende Sekundärrecht

untersucht, das – nach der Auslegung durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs – die Erreichung des mit Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV verfolgten Ziels des Schutzes der Rechtsprechungstätigkeit ordnungsgemäß gewährleistet. In diesem Zusammenhang verweist die finnische Regierung auf die Transparenzverordnung und auf den gemäß Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV ergangenen Beschluss des Gerichtshofs der Union in Bezug auf den Zugang zu seinen eigenen Dokumenten<sup>12</sup>.

- 28 In Bezug auf den Beschluss des Gerichtshofs reicht die Feststellung, dass er schon aufgrund seines Titels nur solche in seinem Besitz befindliche Dokumente betrifft, die im Zusammenhang mit der Wahrnehmung seiner Verwaltungsaufgaben stehen. Der Rechtsprechungstätigkeit wird somit starker Schutz gewährt, wenn es um beim Gerichtshof eingereichte Anträge auf Dokumentenzugang geht.
- 29 Was die Transparenzverordnung ihrerseits angeht, ist auf die in ihrem Art. 4 Abs. 2 zweiter Gedankenstrich enthaltene Ausnahmeregelung zu verweisen, wonach die Organe den Zugang zu einem Dokument verweigern, durch dessen Verbreitung der Schutz von Gerichtsverfahren beeinträchtigt würde (es sei denn, es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verbreitung). Wie zuvor ausgeführt wurde, ist diese Vorschrift in der Rechtsprechung dahin ausgelegt worden, dass gerade die in Art. 225 EG und Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV bezeichneten Interessen geschützt werden **[Or. 10]** (*API*-Urteil, Rn. 79 bis 84) und die beim Gerichtshof eingereichten Schriftsätze starken Schutz genießen, solange die Rechtssache, zu der sie gehören, anhängig ist.
- 30 Schließlich ist festzustellen, dass aufgrund der Auslegung der Kommission die bei den Unionsgerichten eingereichten Schriftsätze, die nicht von den Organen stammen, offenbar gemäß Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV dauerhaft, d. h. auch nach Abschluss des Verfahrens, zu dem sie gehören, geheim gehalten werden müssten. Das Ausdehnen dieses Schutzes auch auf die Zeit nach Erlass des Urteils ginge eindeutig über das hinaus, was für den Schutz der Rechtsprechungstätigkeit erforderlich ist, weil die Erforderlichkeit immer eine einzelne Rechtssache betrifft (*API*-Urteil, Rn. 130). Es ist darauf hinzuweisen, dass das Vorbringen der Parteien in öffentlichen Sitzungen öffentlich ist und die Kernargumente zudem in den Schlussanträgen des Generalanwalts und in den Urteilen öffentlich gemacht werden.
- 31 Die finnische Regierung ist der Ansicht, mit dem Vorstehenden gezeigt zu haben, dass die Erreichung des mit Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV verfolgten Ziels nicht voraussetzt, dass er auf die von der Kommission dargelegte Art ausgelegt wird. Im Gegenteil bedeutet das Vorbringen der Kommission eine erweiternde Auslegung von Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV, die ganz klar das überschreitet, was für die Erreichung des mit dem fraglichen Absatz beabsichtigten Schutzes

<sup>12</sup> Beschluss des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 11. Dezember 2012 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, die vom Gerichtshof der Europäischen Union in Wahrnehmung seiner Verwaltungsaufgaben verwahrt werden (ABl. 2013, C 38, S. 2).

erforderlich ist. Die Auslegung der Kommission steht im Widerspruch sowohl zum Transparenzgrundsatz als auch zum Grundsatz der engen Auslegung von Ausnahmeregelungen, und sie wird weder durch den Wortlaut der fraglichen Regelung oder ihre Entstehungsgeschichte noch durch die Rechtsprechung gestützt.

#### *Abschlussbemerkung*

- 32 Zum Abschluss ihrer Rechtsmittelbeantwortung möchte die finnische Regierung noch hervorheben, dass die von der Kommission dargelegte Auslegung in vielerlei Hinsicht unlogisch ist und in der Praxis zu Entscheidungen führen würde, die die Verfahrensparteien in ungleiche Positionen bringen würden. Zudem wäre die entsprechende Auslegung logischerweise auch auf die Dokumente der anderen in Art. 15 Abs. 3 Unterabs. 4 AEUV bezeichneten Organe, d. h. der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Investitionsbank, anzuwenden. Das würde bedeuten, dass eine bedeutende Anzahl von Dokumenten aus dem Anwendungsbereich der Transparenzverordnung auf eine Weise ausgenommen würde, die im Widerspruch zum Ziel des allgemeinen Zugangs der Öffentlichkeit stünde. [Or. 11]

#### **ERGEBNIS**

Nach alledem ist die finnische Regierung der Ansicht, dass das angefochtene Urteil Bestand haben soll. Die finnische Regierung beantragt,

- das Rechtsmittel der Kommission zurückzuweisen und
- der Kommission die Verfahrenskosten aufzuerlegen.

Hochachtungsvoll,

für die finnische Regierung

Stellvertreterin des Regierungsbevollmächtigten<sup>13</sup> [REDACTED]

<sup>13</sup> Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Außenministeriums (Nr. 550/2008 vom 28. August 2008) und der Entscheidung des Außenministeriums (vom 31. August 2010, HEL7882-36) vertritt Gesetzgebungsrätin [REDACTED] Finnland als Stellvertreterin des Regierungsbevollmächtigten vor dem Gerichtshof der Europäischen Union.